Margit Schratzenstaller

BEITRAG DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN ZUM KLIMASOZIALSTAAT[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Der Artikel widmet sich Finanzierungsfragen in der sozial-ökologischen Transformation. Nach einer kritischen Betrachtung des bestehenden Abgabensystems und seiner Nachhaltigkeitslücken werden zentrale Ansatzpunkte für Reformen abgeleitet:

- Die Abgabenbelastung ist aufkommensneutral weg vom Faktor Arbeit hin zu Umweltverbrauch und Emissionen sowie bestimmten Steuern auf Vermögen zu verschieben.
- Hindernisse im Abgabensystem für eine gleichmäßige Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern sind abzubauen.
- Der Budgetspielraum für Investitionen in die sozial-ökologische Transformation ist durch Effizienzreformen im öffentlichen Sektor und einen Abbau ökologisch schädlicher Subventionen zu erweitern.

ABSTRACT

The article addresses financing issues in the socio-ecological transformation. After a critical assessment of the existing tax system and its sustainability gaps, several reform approaches are derived:

- The tax burden should be shifted within a revenue-neutral tax shift away from labour and towards environmental and emission taxes as well as certain taxes on wealth.
- Obstacles in the tax system to the equal distribution of paid work and unpaid domestic and care work between women and men should be removed.
- The budgetary space for investment in the socio-ecological transition needs to be expanded by efficiency reforms in the public sector and by dismantling environmentally harmful subsidies.

1 Der Beitrag stützt sich stark auf Egger et al. (2024) sowie Pitlik/Schratzenstaller (2025).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 41–49

1 EINLEITUNG

Die bestehenden Finanzierungsstrukturen des österreichischen Sozialstaates sind ausgehend von den Anforderungen und Herausforderungen, die mit der erforderlichen sozial-ökologischen Transformation verbunden sind, derzeit nur als eingeschränkt zukunftsfähig einzuschätzen (Köppl/Schratzenstaller 2015a, 2015b, 2019; Pitlik/Schratzenstaller 2022; Schratzenstaller et al. 2023). Der Beitrag beginnt mit einer kurzen Einschätzung der Nachhaltigkeitslücken im österreichischen Finanzierungssystem. Darauf aufbauend werden Ansatzpunkte für Reformen abgeleitet.

2 NACHHALTIGKEITSLÜCKEN IM BESTEHENDEN FINANZIERUNGSSYSTEM

Das bestehende Finanzierungssystem beruht stark auf der Besteuerung von Arbeitseinkommen, was kurz- und mittelfristig das Angebot an und die Nachfrage nach Erwerbsarbeit dämpft (OECD 2011; Goudswaard/Caminada 2016). Zudem reduziert die hohe Abgabenlast im unteren und mittleren Einkommensbereich besonders das Erwerbsangebot von Müttern (Meghir/Philipps 2010; Bargain/Peichl 2013). Auch unterstützt in Österreich eine Reihe von speziellen steuerlichen bzw. abgabenrechtlichen Regelungen die bestehende ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeit und damit implizit auch der Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen (Schratzenstaller/Dellinger 2018).

Dagegen wird das Lenkungs- und Finanzierungspotenzial von Umweltsteuern, die zur erforderlichen ökologischen Transformation beitragen können, unterdurchschnittlich genutzt. Dies gilt einerseits für die CO_2-Bepreisung, die 2025 55 Euro und damit ein Niveau erreicht hat, das nur einen Bruchteil des CO_2-Preises beträgt, der laut aktuellen Schätzungen zur Erreichung der Klimaziele erforderlich wäre. Andererseits werden Umweltsteuern jenseits von CO_2-Abgaben (deren Aufkommenspotenzial durch eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Wirtschaft langfristig zurückgeht) unzureichend genutzt, so etwa auf Abfall, Bodenverbrauch oder den motorisierten Individualverkehr, der auch in elektrifizierter Form mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt (Ressourcen- und Stromverbrauch, Feinstaub, Platzverbrauch etc.) verbunden ist. Besonders auf den subnationalen föderalen Ebenen werden Steuern auf lokale Umweltprobleme (beispielsweise Stau oder hoher Bodenverbrauch in Städten für Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr) nur in geringem Umfang eingesetzt (Kletzan-Slamanig/Schratzenstaller 2023). Gleichzeitig werden die Lenkungseffekte der bestehenden Klima- und Umweltsteuern durch umfangreiche klimaschädliche Subventionen (z. B. Pendler:innenförderung, Dienstwagenprivileg, Dieselprivileg etc.) konterkariert, die klimaschädliches Verhalten fördern und jährlich mindestens 4,1 bis 5,7 Mrd. Euro erreichen (Kletzan-Slamanig et al. 2022). Nicht zuletzt fehlt eine regelmäßige Anpassung der umweltbezogenen Steuern an die Inflation, um ihre laufende reale Entwertung („kalte Deflation“) und damit die Erosion ihres Lenkungspotenzials zu vermeiden.

Zudem ist der Finanzierungsbeitrag von vermögensbezogenen Steuern in Österreich gering und liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Vermögensbezogene Steuern unterstützen in Österreich derzeit die erforderliche sozial-ökologische Transformation kaum, weil sie einerseits Umweltziele nicht unterstützen. Andererseits leisten sie auch keinen Beitrag zu einer gleicheren Vermögensverteilung, obwohl diese in Österreich im europäischen Vergleich relativ ungleich ist und die oberen Einkommensschichten, wie globale Schätzungen (Schöngart et al. 2025) nahelegen, einen deutlich überproportionalen Anteil der ökologischen Schäden, etwa Treibhausgasemissionen, verursachen. Gleichzeitig bleiben damit derzeit langfristig ergiebige Finanzierungs-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 41–49

quellen – wie hohe Erbschaften, die künftig in Österreich wie in anderen Ländern an Bedeutung gewinnen dürften (Krenek et al. 2022), oder die Grundsteuer – ungenutzt bzw. untergenutzt.

Eine sozial ausgewogene Klimapolitik benötigt mittelfristig ausreichende budgetäre Spielräume, um in eine sozial-ökologische Infrastruktur sowie in Klimawandelanpassungsmaßnahmen vor allem für die vulnerablen Gruppen investieren und die Beseitigung von Klimaschäden finanzieren zu können. Allerdings gibt es derzeit keine umfassende Strategie, um potenzielle Budgetspielräume zu realisieren.

In Österreich gibt es zunächst eine Reihe von Effizienzpotenzialen im öffentlichen Sektor, die insbesondere das Fördersystem, das Gesundheitswesen, Doppelgleisigkeiten im Föderalismus sowie das Pensionssystem (mit der nach wie vor bestehenden Lücke zwischen dem gesetzlichen und dem faktischen Pensionsantrittsalter) betreffen. Schritte zur Realisierung dieser Effizienzpotenziale werden nur vereinzelt (etwa im Rahmen des Ende 2023 beschlossenen Finanzausgleichs 2024 bis 2028) gesetzt und basieren nicht auf einer gesamthaften Strategie. Außerdem sind der Klimawandel bzw. eine unzureichende Klimapolitik mit erheblichen bereits spürbaren budgetären Kosten bzw. künftigen budgetären Risiken verbunden, die die Spielräume für die Finanzierung staatlicher Aufgaben im Allgemeinen und des Sozialstaats im Besonderen kurz- und langfristig einschränken. Diese Kosten des klimapolitischen Nichthandelns (z. B. Ausgaben für Klimawandelanpassungsmaßnahmen), künftige klimawandelbedingte budgetäre Risiken (z. B. eine langfristige Erhöhung der Finanzierungskosten für die Staatsschuld aufgrund der Defizite in der Klimaresilienz, aufgrund von durch die öffentliche Hand zu beseitigenden Schäden durch Extremwetterereignisse oder aufgrund von Zertifikatskäufen bei einer möglichen Verfehlung der Klimaziele) und Möglichkeiten ihrer Vermeidung werden derzeit wenig thematisiert (vgl. dazu Köppl/Schratzenstaller 2024). Auch bedeuten die erwähnten klimakontraproduktiven Subventionen eine erhebliche budgetäre Belastung; eine umfassende Strategie zu ihrem Abbau oder zu einer klimafreundlichen Reform fehlt bislang.

Institutionelle Rahmenbedingungen zur Unterstützung einer sozial-ökologischen Transformation im Bereich der öffentlichen Finanzen sind in Österreich bereits etabliert, aber in bestimmten Bereichen ausbaufähig. Dies betrifft die wirkungsorientierte Haushaltsführung des Bundes einschließlich des Gender Budgeting, die Green-Budgeting-Aktivitäten des BMF sowie die Verzahnung der diversen Maßnahmen und Strategien zur Verstärkung der Wirkungsorientierung bzw. zum Priority Budgeting. Zudem gibt es bisher nur wenig Schritte zur Ausweitung dieser wirkungsorientierten Ansätze auf Länder- und Gemeindeebene.

3 ANSATZPUNKTE FÜR EINE SOZIO-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Eine transformationsorientierte Reform der Finanzierung des Sozialstaats erfordert eine aufkommensneutrale Umgestaltung der bestehenden Abgabenstruktur. Diese hätte auch auf einen fiskalisch nachhaltigen Finanzierungsmix zu achten, unter anderem dadurch, dass das Abgabensystem bzw. die Finanzierung unabhängiger von der Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung wird. Zudem sollten zusätzlich erforderliche Ausgaben zur Bewältigung der sozial-ökologischen Transformation möglichst nicht durch höhere öffentliche Defizite finanziert werden, sondern durch Maßnahmen zur Erweiterung der budgetären Spielräume.

Eine die sozial-ökologische Transformation unterstützende aufkommensneutrale Umgestaltung des Abgabensystems sollte als generelle Stoßrichtung die Senkung der Abgaben auf Arbeit ver-

folgen, die durch eine stärkere Nutzung von Umweltsteuern sowie von bestimmten vermögensbezogenen Steuern kompensiert werden könnte.

Ein Ansatzpunkt für eine Entlastung der Arbeitseinkommen aus Sicht der Beschäftigten wäre eine Senkung der Lohnsteuer vor allem im unteren und mittleren Tarifbereich, die allerdings Einkommensbezieher:innen, deren Einkommen unter dem steuerfreien Grundfreibetrag bleibt (gut ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten), nicht entlastet. Quantitativ bedeutender wären weitere steuerfinanzierte einkommensabhängige Senkungen der arbeitnehmer:innenseitigen Sozialversicherungsbeiträge und damit eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung.[2] So könnten gezielt die besonders abgabenreagiblen unteren Einkommen entlastet werden. Eine Option wäre auch die künftige Finanzierung der Wohnbauförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus allgemeinen Steuermitteln statt aus lohnsummenbezogenen Dienstnehmer:innenabgaben.

Zur Senkung der Lohnnebenkosten der Unternehmen bietet sich ebenfalls die Umstellung der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben (wie Wohnbauförderung oder Familienpolitik) an. Denkbar wäre auch eine Reduktion der auf der kommunalen Lohnsumme basierenden, von den Unternehmen zu entrichtenden Kommunalsteuer, die durch eine stärkere Ausschöpfung der Grundsteuer gegenfinanziert werden könnte.

Eine gleichmäßigere Verteilung von Erwerbsarbeit und damit implizit von Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen könnte neben einer generellen Entlastung vor allem der unteren und mittleren Einkommen, die das besonders steuersensible Arbeitsangebot von Frauen und insbesondere Müttern ausdehnen sollte, auch durch den Abbau steuerlicher und abgabenrechtlicher Regelungen (etwa der Überstundenbegünstigung, des Alleinverdiener:innenabsetzbetrags oder der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung) unterstützt werden, die eine ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeit begünstigen.

Die Einnahmenausfälle aus einer Senkung der arbeitsbezogenen Abgaben sollten teilweise durch eine schrittweise Erhöhung von Umweltsteuern kompensiert werden, die gleichzeitig umweltpolitische Lenkungseffekte hätte. Optionen sind ein ambitionierter Erhöhungspfad für die jüngst eingeführte CO_2-Bepreisung sowie weitere Steuern auf den motorisierten Individualverkehr. Dabei ist auf eine sozial ausgewogene Ausgestaltung von CO_2-Abgaben sowie Energieabgaben, die geringere Einkommen bzw. vulnerable Gruppen besonders belasten können, durch geeignete Kompensationsmaßnahmen zu achten (Lechinger/Six 2021; Theine et al. 2022). In Kombination mit der Bereitstellung einer sozial-ökologischen Infrastruktur, die Grundbedürfnisse abdeckt – etwa leistbarer öffentlicher Verkehr oder leistbare energieeffiziente Wohnungen (European Commission 2023) –, sind finanzielle Kompensationsmaßnahmen, die untere Einkommen besonders stark entlasten, geeignetere Instrumente für die soziale Abfederung einer CO_2-Bepreisung als Steuerbegünstigungen für Investitionen privater Haushalte in Niedrigemissionstechnologien (Zachmann et al. 2018). Eine seit Kurzem verstärkt diskutierte Differenzierung der CO_2-Bepreisung nach Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs einerseits und Luxusgütern (Oswald et al. 2023) andererseits erscheint dagegen problematisch: Einerseits sind Umsetzungsprobleme denkbar (Abgrenzung von „Luxuskonsum", administrativer Aufwand, Behandlung von Importen bei Fehlen eines CO_2-Grenzausgleichsmechanismus), andererseits ist fraglich, ob der Luxuskonsum oberer Einkommensschichten stark auf Preissignale reagiert. Auch

2 Eine solche Verschiebung der Finanzierungsstruktur der sozialen Sicherung weg von lohnbezogenen Beiträgen hin zu einer stärkeren Steuerfinanzierung wäre freilich mit institutionellen und politökonomischen Herausforderungen verbunden, denen bei entsprechenden Reformen ein besonderes Augenmerk zu schenken ist.

sollte der CO_2-Preis die verursachten Umwelt- bzw. Klimaschäden widerspiegeln. Die geringere steuerliche Leistungsfähigkeit unterer Einkommen und die Leistbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs sollten dagegen über Kompensationsmaßnahmen für untere Einkommen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sollten auch Steuern bzw. steuerliche Instrumente stärker genutzt werden, die Anreize für einen sparsameren Umgang mit der Ressource Boden setzen können (Arnold et al. 2023), so etwa die Grundsteuer, Zweitwohnsitz- oder Leerstandsabgaben auf der Länderebene oder kommunale Lenkungsabgaben (Parkraumabgabe, City-Maut, Verkehrserregerabgabe).

Abhängig von der besteuerten Aktivität können Umweltsteuern auch langfristig stabile Finanzierungsquellen sein. Die Einnahmen aus einer effektiven Bepreisung von Treibhausgasemissionen gehen langfristig zurück. Von der Besteuerung von Strom, des motorisierten Individualverkehrs sowie der Nutzung von Boden sind dagegen auch langfristig stabile Einnahmen zu erwarten.

Eine zweite Quelle zur Gegenfinanzierung arbeitsbezogener Abgaben ist die stärkere Ausschöpfung bestimmter vermögensbezogener Steuern. Konkret geht es erstens um eine stärkere Nutzung der Grundsteuer, die bei geeigneter Ausgestaltung auch positive ökologische Lenkungseffekte hätte (Leodolter et al. 2022; Arnold et al. 2023). Zweitens könnte die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer einen Beitrag zur Erhöhung der Chancengleichheit und zu einer Verringerung der Vermögensungleichheit leisten. Ebenso wie die Grundsteuer stellt auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer eine langfristig ergiebige Finanzierungsquelle dar. Die aktuell diskutierte Erhebung einer allgemeinen Vermögenssteuer für die vermögendsten Teile der Bevölkerung (z. B. Chancel et al. 2023) erscheint (ebenso wie eine Erbschafts- und Schenkungssteuer) als umweltpolitisches Instrument wenig geeignet. Denn es ist zweifelhaft, ob eine durch die Besteuerung hoher Vermögen erzielte Verringerung der Vermögensungleichheit tatsächlich ausreicht, den CO_2-Fußabdruck bzw. den „Luxuskonsum" der sehr Vermögenden effektiv einzudämmen. Zudem ist eine allgemeine Vermögenssteuer auf nationaler Ebene schwierig umzusetzen (Krenek/Schratzenstaller 2022) und dürfte allgemein mit deutlich höheren Ausweichreaktionen verbunden sein als eine Erbschafts- und Schenkungssteuer.[3]

Zur langfristigen Sicherstellung der Finanzierung zusätzlicher aus dem Klimawandel erwachsender sozialstaatlicher Aufgaben und Ausgaben sind, alles in allem, rasch Maßnahmen zur Ausweitung der Budgetspielräume einzuleiten, die auf drei Säulen beruhen sollten: Erstens sind die umfangreichen klima- bzw. umweltkontraproduktiven Subventionen (z. B. Pendler:innenförderung, Dieselprivileg) abzubauen oder klimafreundlicher und treffsicherer auszugestalten. Zweitens sind bestehende Ineffizienzen im öffentlichen Sektor (z. B. im Gesundheitswesen oder Fördersystem) auf Basis einer umfassenden Gesamtstrategie zu verringern. Auch Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters sind zu forcieren. Drittens sind alle Klimaschutzmaßnahmen, die auf österreichischer Ebene zur Verringerung der budgetären klimawandelbedingten Kosten sowie der künftigen budgetären Risiken aus dem Klimawandel gesetzt werden können, voranzutreiben.

Die bestehenden rechtlichen/institutionellen Ansatzpunkte zur Unterstützung einer an der sozial-ökologischen Transformation orientierten Finanzierung des ökologisch nachhaltigen Sozialstaats sind in bestimmten Bereichen nachzuschärfen oder zu vertiefen. So könnten die Sustainable Development Goals explizit und verpflichtend in der wirkungsorientierten Haushaltsfüh-

3 Für einen Überblick über die aktuelle empirische Literatur siehe auch Schratzenstaller (2025).

rung auf Bundesebene berücksichtigt werden. Die Green-Budgeting-Aktivitäten des BMF sollten wie geplant schrittweise erweitert werden. Des Weiteren sollten die diversen Maßnahmen und Strategien zur Stärkung einer wirkungsorientierten Haushaltsführung sowie des Priority Budgeting integriert werden. Schließlich sollten diese rechtlichen/institutionellen Rahmenbedingungen auch auf Länder und Gemeinden ausgeweitet werden.

4 ABSCHLUSSBEMERKUNGEN

Auch die österreichischen öffentlichen Finanzen sind auf die Herausforderungen durch den Klimawandel bzw. die sozial-ökologische Transformation besser vorzubereiten. Das Regierungsprogramm der seit Februar 2025 amtierenden Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS enthält einige positive Ansätze in diese Richtung. Bereits beschlossen ist die Einführung eines Klimachecks in der Wirkungsfolgenabschätzung, geplant sind die Reform ökologisch kontraproduktiver Subventionen und die Senkung der Lohnnebenkosten. Allerdings weist das Regierungsprogramm auch einige Lücken auf: Weder eine Reform der Grundsteuer noch die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer sind vorgesehen. Es gibt außerdem keine Pläne zur Stärkung der Umweltsteuern, weder in Form von Erhöhungen noch einer Indexierung.

Schließlich ist die Chance kaum genutzt worden, die Maßnahmen, die in den kommenden Jahren zur Sanierung der öffentlichen Haushalte umgesetzt werden müssen, in den Dienst der Klimapolitik zu stellen. Zunächst liegt ein Schwerpunkt der beschlossenen Kürzungen von Bundesförderungen auf den in den letzten Jahren deutlich ausgeweiteten Klima- und Umweltförderungen. Von den Förderkürzungen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2025 bzw. 2,15 Mrd. Euro im Jahr 2029 entfallen 0,56 Mrd. Euro oder 43 % (2025) bzw. 1 Mrd. Euro oder 46 % (2029) auf Umweltförderungen. Zudem werden die (befristete) Steuerbefreiung für Photovoltaikanlagen (vorzeitig) und die Befreiung von Elektroautos von der motorbezogenen Versicherungssteuer abgeschafft. Auch werden die Rahmenplaninvestitionen der ÖBB-Infrastruktur um 0,15 Mrd. Euro (2025) bzw. 0,42 Mrd. Euro (2026) gekürzt; auch in den Folgejahren ist ein Konsolidierungsbeitrag eingeplant. Dagegen fallen Klimaschutzmaßnahmen wie die Erhöhung der Mauttarife (20 Mio. Euro p. a.), die Offensive „Sauberes Österreich“ (30 Mio. Euro jährlich ab 2026) und der Lückenschluss in der Mobilitätsunterstützung für Lehrlinge (5 Mio. Euro p. a.) kaum ins Gewicht. Der Abschaffung des Klimabonus wäre eine sozial treffsicherere Ausgestaltung vorzuziehen gewesen, um die unteren Einkommen, die durch die CO_2-Bepreisung besonders betroffen sind, gezielt zu entlasten. Eine Evaluierung sowie die sozial treffsicherere und damit auch budgetschonendere Ausgestaltung auch der grünen Förderungen sind jedenfalls sinnvoll. Allerdings müssen nun rasch äquivalente Regulierungen in den Bereichen Gebäude und Verkehr implementiert werden, um nicht eine Verfehlung der Klimaziele zu riskieren, die langfristig mit höheren Kosten verbunden wäre.

Insgesamt sind somit rasche und entschiedene Schritte zur Anpassung des österreichischen Finanzierungssystems erforderlich, um die anstehende sozialökologische Transformation wirksam zu unterstützen.

BIBLIOGRAFIE

Arnold, Elisabeth/*Falkner,* Katharina/*Schratzenstaller,* Margit/*Sinabell,* Franz (2023). Auswirkungen des Flächenverbrauchs für die Versorgungssicherheit und steuerliche Instrumente zu

dessen Eindämmung. Wien, WIFO. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71122 (abgerufen am 03.09.2025).

Bargain, Olivier/*Peichl,* Andreas (2013). Steady-State Labor Supply Elasticities: A Survey (IZA DP Nr. 7698). Online verfügbar unter https://docs.iza.org/dp7698.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

Chancel, Lucas/*Bothe,* Philipp/*Voituriez,* Tancrède (2023). Climate Inequality Report 2023, Fair Taxes for a Sustainable Future in the Global South. Online verfügbar unter https://wid.world/news-article/climate-inequality-report-2023-fair-taxes-for-a-sustainable-future-in-the-global-south/ (abgerufen am 03.09.2025).

Egger, Andrea/*Liebeswahr,* Claudia/*Mayer,* Wolfgang/*Bock-Schappelwein,* Julia/*Falkner,* Katharina/*Famira-Mühlberger,* Ulrike/*Köppl,* Angela/*Mayrhuber,* Christine/*Schratzenstaller,* Margit (2024). Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats. In: *Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)* (Hg.). Sozialbericht 2024 – Band II: Sozialpolitische Analysen. Wien, 99–174. Online verfügbar unter https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:5c52548c-54ab-413e-aec2-f48500c32a83/BMSGPK_Sozialbericht2024_Band-II_pdfUA.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

European Commission (2023). Directorate General for Employment, Social Affairs and Inclusion. The Future of Social Protection and of the Welfare State in the EU. LU, Publications Office. Online verfügbar unter https://data.europa.eu/doi/10.2767/35425 (abgerufen am 03.09.2025).

Goudswaard, Kees/*Caminada,* Koen (2016). Social Security Contributions: Economic and Public Finance Considerations. International Social Security Review 68 (4), 25–45. https://doi.org/10.1111/issr.12086.

Kletzan-Slamanig, Daniela/*Köppl,* Angela/*Sinabell,* Franz/*Kirchmayr,* Sabine/*Müller,* Stella/*Rimböck,* Alexander/*Voit,* Thomas/*Heher,* Martino/*Schanda,* Reinhard (2022). Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich. Wien, WIFO. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69687 (abgerufen am 03.09.2025).

Kletzan-Slamanig, Daniela/*Schratzenstaller,* Margit (2023). Ökologisierung des Abgabensystems im Föderalstaat. Nachhaltigkeitsrecht 3 (1), 92–95. https://doi.org/10.33196/nr202301009201.

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2015a). Das österreichische Abgabensystem – Reformperspektiven. WIFO-Monatsberichte 88 (2), 127–135. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/50947 (abgerufen am 03.09.2025).

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2015b). Das österreichische Abgabensystem – Status-quo. WIFO-Monatsberichte 88 (2), 109–126. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/50946 (abgerufen am 03.09.2025).

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2019). Ein Abgabensystem, das (Erwerbs-)Arbeit fördert. In: Irmi *Seidl*/Angelika *Zahrnt* (Hg.). Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Marburg, Metropolis, 207–225. Online verfügbar unter https://www.metropolis-verlag.de/Ein-Abgabensystem%2C-das-%28Erwerbs-%29Arbeit-foerdert/14377/book.do;jsessionid=6A1094FCDE139E315724552987F16D77 (abgerufen am 03.09.2025).

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2024). Policy Brief: Budgetäre Kosten und Risiken durch klimapolitisches Nichthandeln und Klimarisiken. Wien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/publication/pid/37514932 (abgerufen am 03.09.2025).

Krenek, Alexander/*Schratzenstaller,* Margit/*Grunberger,* Klaus/*Thiemann,* Andreas (2022). The Revenue Potential of Inheritance Taxation in Light of Ageing Societies. JRC129077. European Commission. Online verfügbar unter https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC129077 (abgerufen am 03.09.2025).

Krenek, Alexander/*Schratzenstaller,* Margit (2022). A Harmonized Net Wealth Tax in the European Union. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 242 (5–6), 629–668. Online verfügbar unter https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.1515/jbnst-2021-0045/html (abgerufen am 03.09.2025).

Lechinger, Vanessa/*Six,* Eva (2021). Die soziale Gestaltung einer ökologischen Steuerreform? Das Beste aus mehreren Welten. Wirtschaft und Gesellschaft 47 (2), 171–196. Online verfügbar unter https://journals.akwien.at/wug/article/view/2021_47_2_0171 (abgerufen am 03.09.2025).

Leodolter, Alexander/*Princen,* Savina/*Rutkowski,* Aleksander (2022). Immovable Property Taxation for Sustainable & Inclusive Growth. Publications Office of the European Union. Online verfügbar unter https://data.europa.eu/doi/10.2765/431531 (abgerufen am 03.09.2025).

Meghir, Costas/*Phillips,* David (2010). Labour Supply and Taxes. In: James A. *Mirrlees*/Stuart *Adam*/Timothy *Besley*/Richard *Blundell*/Stephen *Bond*/Robert *Chote*/Malcolm *Gammie*/Paul *Johnson*/Gareth *Myles*/James *Poterba* (Hg.): Dimensions of Tax Design, The Mirrlees Review. Oxford University Press, 202–274. Online verfügbar unter https://ifs.org.uk/sites/default/files/output_url_files/mirrlees_dimensions.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

OECD (2011). Taxation and Employment. OECD Tax Policy Studies. OECD. https://doi.org/10.1787/9789264120808-en.

Oswald, Yannick/*Millward-Hopkins,* Joel/*Steinberger,* Julia K./*Owen,* Anne/*Ivanova,* Diana (2023). Luxury-focused Carbon Taxation Improves Fairness of Climate Policy. One Earth 6 (7), 884–898. https://doi.org/10.1016/j.oneear.2023.05.027.

Pitlik, Hans/*Schratzenstaller,* Margit (2022). Kurzexpertise zu Abgabensystem und Ausgabenstrukturen im internationalen Vergleich. Ausgangssituation und Reformbedarf. Wien, WIFO. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67988 (abgerufen am 03.09.2025).

Pitlik, Hans/*Schratzenstaller,* Margit (2025). Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029. WIFO-Monatsberichte 98 (6), 317–330. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60272915 (abgerufen am 03.09.2025).

Schöngart, Sarah/*Nicholls,* Zebedee/*Hoffmann,* Roman/*Pelz,* Setu/*Schleussner,* Carl-Friedrich (2025). High-income Groups Disproportionately Contribute to Climate Extremes Worldwide. Nature Climate Change 15 (6), 627–633. https://doi.org/10.1038/s41558-025-02325-x.

Schratzenstaller, Margit (2025). Behavioral Responses to Inheritance Taxation – a Review of the Empirical Literature. Economic Analysis and Policy 85, 238–260. https://doi.org/10.1016/j.eap.2024.11.026.

Schratzenstaller, Margit/*Dellinger,* Fanny (2018). Regelungen im österreichischen Abgabensystem mit gleichstellungspolitischer Relevanz. WIFO-Monatsberichte 91 (2), 121–137. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60944 (abgerufen am 03.09.2025).

Schratzenstaller, Margit/*Köppl,* Angela/*Schleicher,* Stefan (2023). Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation. WIFO Research Briefs 3. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70654 (abgerufen am 03.09.2025).

Theine, Hendrik/*Humer,* Stefan/*Moser,* Mathias/*Schnetzer,* Matthias (2022). Emissions Inequality: Disparities in Income, Expenditure, and the Carbon Footprint in Austria. Ecological Economics 197, 107435. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107435.

Zachmann, Georg/*Fredriksson,* Gustav/*Claeys,* Grégory (2018). The Distributional Effects of Climate Policies. Bruegel Blueprint Series 28. Online verfügbar unter https://www.bruegel.org/sites/default/files/wp_attachments/Bruegel_Blueprint_28_final1.pdf (abgerufen am 03.09.2025).